

- ☐☐ **Europaweite Proteste**

Am Sonntag haben tausende Menschen im Rahmen der Demokratiebewegung "Echte Demokratie – jetzt!" europaweit demonstriert. In vielen Städten in Spanien, Portugal, Frankreich, Großbritannien und Deutschland kam es zu Kundgebungen. Die Proteste richteten sich insbesondere gegen Arbeits- und Perspektivlosigkeit und die Korrumpierung der Parteien und Regierungen durch Wirtschaft und Lobbyisten. Auch in Griechenland protestieren die Menschen weiterhin gegen den repressiven Sparkurs der Regierung und die internationale Finanzpolitik. Westliche Nachrichtenagenturen und Massenmedien schweigen die Proteste nahezu vollständig tot.

- ☐☐ **Fauler Kompromiss – halbherziger**

Atomausstieg bis 2022

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht in dem Kompromiss der Regierungsparteien für einen Atomausstieg bis 2022 keine akzeptable Antwort auf die Reaktorkatastrophe von Fukushima. Die Atomenergie sei ein tägliches, unverantwortbares Risiko für die Bevölkerung und könne viel schneller durch umweltfreundliche und sichere Alternativen ersetzt werden. Der schwarz-gelbe Atomkompromiss ignoriere zudem die Aussage der Ethik-Kommission, ein endgültiger Atomausstieg sei auch weit vor 2022 machbar.

Merkel setze auf eine Verschleppung des Atomausstiegs bis 2022. Immer noch geb es

Hintertüren, die ein Rollback beim Atomausstieg ermöglichen, so BUND-Vorsitzender Hubert Weiger. Alle deutschen Atomkraftwerke hätten gravierende Sicherheitsprobleme. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, alle Reaktoren ohne Wenn und Aber und ohne Verzögerungen vom Netz zu nehmen. Es werde weder Stromausfälle noch Importe von Atomstrom geben Weiger forderte eindeutige und verbindliche Abschaltzeiten für jeden Atommeiler.

- **Demonstrationen für Atomausstieg**

Erstmals in der Geschichte der Anti-Atombewegung demonstrierten heute unter dem Motto "Atomkraft – Schluss!" gleichzeitig in über 20 Städten insgesamt 160.000 Menschen für ein schnelles Ende der Atomkraft. In der Hauptstadt zogen 25.000 Atomkraftgegner vor die CDU-Zentrale und forderten Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, ohne jede Verzögerung das Ende der Atomenergienutzung in Deutschland durchzusetzen.

Der bundesweite Protest sei ein deutliches Zeichen dafür, dass der Großteil der Bevölkerung die Atomenergie strikt ablehne und eine schnelle Energiewende fordere,

erklärten die Veranstalter. Merkel gehe es scheinbar nicht mehr um die angekündigte Neubewertung des atomaren Risikos nach Fukushima und einen schnellstmöglichen Atomausstieg, sondern um Frieden in der Koalition. Eine Verzögerung des dringend und schnellstmöglich erforderlichen Atomausstiegs werde nicht hingenommen, erklärten die Veranstalter.

- **□ □ Hartz IV-Partei Grüne blockieren Normenkontrollklage**

Die Grünen kneifen beim Normenkontrollverfahren gegen die Hartz IV-Reform. Dies schreibt Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der Partei Die Linke. Vertreter der Grünen seien von ihr mehrmals mündlich angesprochen und darum gebeten worden, innerhalb ihrer Partei bzw. Fraktion für eine Normenkontrollklage zu

werben.

Schließlich würde einen Normenkontrollklage der Abgeordneten den langen Weg durch die Instanzen für die Betroffenen ersparen. Allerdings kann eine Normenkontrollklage der Bundestagsabgeordneten nur eingereicht werden, wenn 25 Prozent aller Abgeordneten diese einreichen. Die Linksfraktion alleine kommt leider nicht auf 25 Prozent aller Abgeordneten.

Auch Gregor Gysi,
Fraktionsvorsitzender der Linken im
Bundestag, habe zwei Mal per Brief
die Fraktionsvorsitzenden der
Grünen angeschrieben und eine
gemeinsame Normenkontrollklage
angeregt - einmal vor dem
Vermittlungsverfahren und einmal
nach dem Ausstieg der Grünen aus
dem Vermittlungsverfahren. Auf
beide Briefe habe er von den
Fraktionsvorsitzenden eine
schriftliche Absage erhalten.

Das erste Mal mit Verweis darauf, dass es noch zu früh dafür wäre. Beim zweiten Mal mit dem Argument, dass nun eine Verfassungsklage der Betroffenen der bessere Weg ist. Im Klartext heiÙe dies also, dass die Grünen zwar den Eindruck erweckt haben, dass sie den Hartz IV-Kompromiss von CDU/CSU, FDP und SPD nicht mittragen würden. Bei der Normenkontrollklage jedoch kneifen sie und laden damit die Klärung der Verfassungsmäßigkeit den Betroffenen auf, so Kipping weiter.

- □ □ **Medien und
Polizeigewerkschaft
legitimieren die Tötung
einer Hartz IV-Empfängerin**

Die Media-Watch

Organisation "der braune mob e.V." zeigte sich bestürzt über den Vorfall im Jobcenter Frankfurt am Main, die Erschießung einer Schwarzen Deutschen durch Polizeibeamte, die zynische empathiefreie Reaktion des Sprechers der Polizeigewerkschaft sowie tendenziöse Medienberichterstattung. [...]

Gepaart mit offensichtlich
vollkommen fehlender
Empathie gegenüber dem
Opfer seitens dem
Polizeigewerkschaftssprecher
und vieler Medien, selbst
nach ihrem Tod, bildet sich
deutlich ab, dass eine
Auseinandersetzung darüber,
wie weiße und Schwarze
Menschen in Deutschland auf
unterschiedliche Weise Opfer
von Polizeigewalt werden
-was sowohl die

Unverhältnismäßigkeit der
Gewaltmittel betrifft als auch
die Häufigkeit eines
Rückgriffes auf dieselben-
überfällig ist. [...]

Der gesamte Bericht auf gegen-hartz.de: Hartz IV:
Erschießung anscheinend
unproblematisch

Der braune Mob e.v.: Der Name der in Frankfurt getöteten Frau ist nun bekannt

-  **Studie des
Bundeskartellamts**

gesteht indirekt Oligopol der Mineralölkonzerne ein

[...] Dem Bundeskartellamt ist dabei u.a. entgangen, daß das Kartell der Mineralölkonzerne den Markt nicht über die

Tankstellen zu 70 Prozent,
sondern über ihre 14 [Raffi
nerien](#)
zu 100 Prozent beherrscht.
[...]

Die [Forderung der FDP](#),
den Raffineriebetreibern
die Tankstellen
wegzunehmen, zeugt

ebenso von Unkenntnis
des Marktes wie von
Panik im
Überlebenskampf der
Partei, die von Wahl zu
Wahl in der
Bedeutungslosigkeit
versinkt und aus den
Parlamenten fliegt. Die
Panik muß enorm sein,
wenn die FDP ihre
bisherige marktradikale

Politik infrage stellt.

[...]

Der ganze Artikel auf [Bürgerstimme](#) -
[Benzinpreis:](#)
[Offenbarungseid für](#)
[Regierung und](#)

Bundeskartellamt

- □ □

Demokratiebewegung in Spanien und Europa

"Democracia Real Ya" - "Echte

Demokratie - jetzt!"

Die Jugendlichen
Europas sind
wütend, sie gehen
auf die Straße. In
Spanien, in

Griechenland, in
Italien und in
Frankreich. [...] Ein
Großteil von
Spaniens Jugend
ist empört. [...] Das
Zweiparteiensystem
Spaniens steht
sinnbildlich für den

gesellschaftlichen
Stillstand – ein
Schritt nach links,
ein Schritt nach
rechts, kein Schritt
nach vorne.

Korruption ist nur
ein weiteres

Problem von vielen,

die dieses Land
lähmen.

Jugend- und
Globalisierungsfors
cher Dirk Villányi
sagt, dass es den

„saturierten Alten“,
also den
übersättigten
Wohlstandsbürgern
, scheinbar
gleichgültig sei,
was nach ihnen
kommt. Der Protest
in Spanien ist also

womöglich nur ein
Anfang. „Wenn die
Gesellschaften
Europas nicht
deutlich mehr in
ihre Jugend
investieren, dann
werden wir die
Folgen in nächster

Zeit noch deutlicher
zu spüren
bekommen“, sagt
der Forscher, der
sich schon beim
G-8-Gipfel 2007 in
Heiligendamm mit
neuen
Protestbewegunge

n beschäftigte. [...]

Der ganze Artikel
auf [Hannoversche
Allgemeine: Die](#)

europäische Revolution beginnt mit der Jugend

- □ □ Diktatur durch die Hintertür

[...] Doch nicht nur

in Sachsen
herrscht die
totalitarismustheor
etische
Perspektive. Sie
wird auch im
Landesversammlu
ngsgesetz von

Sachsen-Anhalt
festgeschrieben.
Diese ermächtigt
die Behörden,
Versammlungen
aufzulösen oder
zu verbieten, die
eine erhebliche

Verletzung der
ethischen oder
sozialen
Grundanschauun
g darstellen
könnten. Erst die
Zukunft wird
zeigen, was damit

gemeint ist.
Rechtssicherheit
bietet diese
Formulierung
ganz sicher nicht.
[...]

Der ganze Artikel auf der Freitag: Alles Extremisten

Kommentar:

Autoritäre bis

totalitäre

Auswüchse von

Staaten bzw. der

politischen

Verwaltungsstruktur

ur von Staaten,

die sich moralisch
legitimieren, also
im Namen und
Gewand des
Guten, der
Freiheit, des
Allgemeinwohls
stattfinden, sind

eines der
unträglichsten
Zeichen und
letztlich auch das
fundamentale
Charakteristikum
schlechthin für
eine faschistische

Staats- und Gesellschaftsordn ung.

Eine
Herrschaftsordnu
ng also, deren

Herrschaft mit der
moralischen
Überlegenheit,
und damit auch
mit der
ideologisch
begründeten
Notwendigkeit von

Herrschaft durch
Obrigkeit und
Eliten legitimiert
wird. Der
Liberalismus ist
die gegenwärtig
weltweit
dominierende

weltanschauliche
Moral doktrin, die
jene
Herrschaftslegitim
ation im Namen
und im Gewand
der Freiheit
vollzieht.

- □ □

Bundestags-Petition: Vollständige Veröffentlichung der Nebenverdienste von

Abgeordneten

Text der Petition:
Der Deutsche

Bundestag möge
beschließen,
dass ab der
nächsten
Legislaturperiode
Abgeordnete ihre
Nebeneinkünfte
ab dem ersten

Euro zur
Veröffentlichung
beim
Bundestagspräsi
denten anzeigen
müssen.

- Zur Petition

- □ □

**Bundestags-Pe
tition:
Restriktiverer
Einsatz von
Pfefferspray
oder ähnlichen**

Einsatzmitteln

Text der
Petition: Der
Deutsche

Bundestag
möge
beschließen,
den Einsatz von
Pfefferspray
(bzw.
Reizmitteln mit

dem Wirkstoff
Capsaicin und
PAVA) seitens
der
Bundespolizei
gegen
Versammlungen

›
Menschenmeng
en und
Einzelpersonen
mit Ausnahme
der Notwehr zu
verbieten.

Außerdem
möge der
Deutsche
Bundestag
prüfen,
inwieweit er
mittels eines

Bundesgesetze
s sowie im
Rahmen der
Innenministerko
nferenz darauf
hinwirken kann,
dass diese

Einschränkung
Eingang in die
Gesetze für die
Polizeien der
Länder findet.

Begründung:
Immer häufiger
setzen
Polizisten vor
allem bei
Demonstratione
n wahllos, ohne

Not und ohne
Vorwarnung
Pfefferspray
ein: so in
Stuttgart im
Herbst 2010
(mit 320

Verletzten
durch
Pfefferspray),
bei dem
Castortransport
im Wendland
im November

(mit mehreren
Hundert
Verletzten
durch
Pfefferspray), in
Göttingen am
22. Januar

2011 (ca. 30
Verletzte durch
Pfefferspray)
und in Dresden
im Februar
2011.

[...]

Bei einem
Einsatz in
Menschenanscha

mmlungen lässt
sich nicht
ausschließen,
dass
Unbeteiligte
getroffen
werden.

Genauso wenig
lässt sich
ausschließen,
dass Menschen
aufgrund ihres
gesundheitliche
n Zustandes

durch
Pfefferspray
schwer verletzt
oder gar getötet
werden.

Polizeiliches
Handeln muss

sich am Gebot
der
Verhältnismäßi-
gkeit
orientieren. Von
Verhältnismäßi-
gkeit der Mittel

kann keine
Rede mehr
sein, wenn z.B.
eine
Sitzblockade
mittels Einsatz
eines potentiell

tödlichen
Reizmittels
aufgelöst wird.
[...]

- Zur Petition

{jcomments on}